

Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen und für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

In 5000 Hefen
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrg. 218 Nr. 122 a

<p>Bezugspreis: monatlich 2 G.M., einschließlich Zustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und andere Buchhandlungen entgegen. — Börsen-Course enthalten den Cours von Schachmännern.</p> <p>Halle-Saale</p> <p>Mittwoch, 27. Mai 1925</p>	<p>Anzeigenpreis: Die Spaltenpreise 30 mm breit, 12 Spalten, 12 Pfennig. Kleine Anzeigen 6 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellenangebote 10 Pfennig. Die Spaltenpreise 30 mm breit, 12 Spalten, 12 Pfennig. Absatz nach Karte. — Erläuterungen: Halle-Saale. — Für Plagiate werden abgemahnt mit feiner Garantie.</p> <p>Halle-Saale</p> <p>Mittwoch, 27. Mai 1925</p>	<p>Verlag: Die Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen und für Anhalt und Thüringen, 12 Pfennig. Kleine Anzeigen 6 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellenangebote 10 Pfennig. Die Spaltenpreise 30 mm breit, 12 Spalten, 12 Pfennig. Absatz nach Karte. — Erläuterungen: Halle-Saale. — Für Plagiate werden abgemahnt mit feiner Garantie.</p> <p>Halle-Saale</p> <p>Mittwoch, 27. Mai 1925</p>
--	---	--

Der deutsch-spanische Handelsvertrag vor der Annahme

Der Kampf der Parteien

Berlin, 26. Mai.

Reichsinnenminister Dr. Stresemann hat heute wieder mit der Regierung nachstehenden Fraktionen verhandelt, um eine große Mehrheit für den deutsch-spanischen Handelsvertrag zu gewinnen. Während der gestrigen Verhandlungen mit den Fraktionen des Zentrums und der Deutschnationalen erläuterte der Reichsinnenminister die Einzelheiten des Vertrags und seinen Inhalt in Hinsicht, die die Schutzbestimmungen für den deutschen Einfuhr- und Ausfuhrhandel betreffen, und die die Bestimmungen des Vertrags für den deutschen Einfuhr- und Ausfuhrhandel betreffen. Die Deutschnationalen sind, wie die Telegraphen-Union mitteilt, nicht für den Vertrag stimmend. Den Gegnern des Vertrags ist die Position die Zustimmung freigegeben. Eine ähnliche Haltung dürfte auch das Zentrum und die Wirtschaftliche Vereinigung einnehmen. Die Demokraten werden wahrscheinlich mit wenigen Ausnahmen dafür stimmen, so daß morgen mit der Annahme des Vertrags gerechnet werden kann.

Berlin, 26. Mai.

Die gestern begonnenen Besprechungen zwischen der Regierung und den Parteien und den Interessentengruppen über den am Mittwoch im Reichstagsplenum zur Entscheidung stehenden deutsch-spanischen Handelsvertrag wurden heute fortgesetzt. In Berlin sind Vertreter des Reichsbundes und des Reichshandels aus dem Reichstag eingetroffen. Die Besprechungen sind mit dem Zentrum ihren Standpunkt zum Handelsvertrag zur Geltung zu bringen.

England gegen Briands Antwortnote

London, 26. Mai.

Die „Westminster Gazette“ erwidert in den englisch-französischen Beziehungen in der Frage der Verantwortung für den deutsch-französischen Krieg, die nach Ansicht des Blattes zu ernstlichen Komplikationen führen könnte. Der diplomatische Beistand der „Westminster Gazette“, der aufeinander das meiste über den Inhalt der Antwort Frankreichs auf die Frage Chamberlains bezüglich der Schlichtungserklärung hat, führt aus, daß die Antwort Briands an Chamberlain keine Lösung der Krise gebracht habe. Man wolle französischerseits Deutschland nicht das Recht ausprechen, die Revision seiner Kriegsverträge anzugreifen, auch dann nicht, wenn Deutschland dem Völkerbunde beitrete. Ein Verbot. Die englische Antwort sei, daß Frankreich das deutsche Angebot über die Westgrenzen annehmen sollte. Zunächst sei es wichtig, eine andere Atmosphäre zu schaffen, um über die Schwierigkeiten zu verhandeln. Auch die Frage des Rücktritts der Regierung von Briand wird in dem Zeitungskrieg des Blattes berührt. England hält von jeder dem Standpunkt vertreten, daß der deutsche Völkervertrag unbedeutend war und den europäischen Frieden bedroht habe. Aus dem gleichen Grunde könne England heute einer anderen Regierung als Briand den Rücktritt nicht anerkennen. Die erste Voraussetzung sei, daß Deutschland zu halb als möglich über den Völkervertrag einträte. Wenn nicht der Völkervertrag selbst eine dauernde Garantie für die Genügsamkeit der Abenteurer sei, dann sei das unumkehrbare Problem, das zu lösen sei. Alles andere werde nachher viel leichter vor sich gehen.

Die deutsch-spanische Vertragskrise

Berlin, 26. Mai.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die Schlussberatungen über den deutsch-spanischen Handelsvertrag sind nun doch auf die Tagesordnung der Reichstags-Sitzung des Reichstages gesetzt worden. Da eine größere und erregende Debatte vorauszuversetzen ist, so kann man viel-

leicht annehmen, daß sich die Abstimmung noch um einen Tag verzögern und damit Gelegenheit gegeben ist, noch in letzter Stunde die kritische Lage, die im Reichstag besteht, zu klären. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen, die die Regierung mit den Fraktionen des Reichstages anstellen wird, zu einer Einigung führen werden. Es ist aber nun schon wiederholt betont worden, daß die dem Aufbau und der gemeinsamen Landwirtschaft nachstehenden Abgeordneten sich nicht entschließen können, auf einer Vorlage ohne Hinterfrist zu gehen, gegen die sie bisher im Rathe gestanden haben. Es scheint sich zu bestätigen, daß selbst in führenden landwirtschaftlichen Organisationen keine Liebererweisung besteht, ob nicht die politischen Gründe allzu schwierig würden, als daß sie außer acht gelassen werden dürfen. Es ist zu hoffen, daß noch in letzter Stunde eine Einigung aufgefunden werden kann. Es muß gesagt werden, daß die Schwierigkeiten geringer sein würden, wenn zu einem früheren Zeitpunkt die Entscheidung gefallen wäre. Sehr glücklich und gefasert ist von keiner Seite zu berichten.

Ein neuer Ulkstein-Prozess

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Der Prozess Ulkstein steht wieder einmal im Mittelpunkt eines Streitgesprächs, bei dem es sich um die nationale Überfälligkeit bzw. Unüberfälligkeit des Vertrags handelt.

Die bekannte Grenzlandbeilage „Deutsche Arbeit“ hatte vor geraumer Zeit den vom Ulkstein-Verlag herausgegebenen Weltatlas einer scharfen Kritik unterzogen, weil die Ortsbezeichnungen in den deutschen Gebieten der Erde nicht immer richtig, aber auch nicht ganz richtig sind. Die Beilage ist nun wieder erschienen, deren Veranlassung heute vorzeitig begonnen hat. Dr. Wilmann hat sich vor Gericht auf S. 198 berufen und es steht jetzt fest, daß es sich hier um Dinge handelt, die von weitreichendem nationalen Interesse sind. Wenn Dr. Wilmann sagte und es zugleich in der „D. B. am Mittag“ geschrieben steht, er wolle die Gelegenheit benutzen, um endlich einmal dem Rattenbiss von Reichsleuten ein Ende zu machen, so handelt es sich für Dr. Wilmann darum, das Auslandsbewusstsein und die nationale Arbeit in Reich und in Deutschland für die Zukunft vorzubehalten, daß weiter wie bisher in Reichsleuten, erlangten des Ulkstein-Prozesses und anderer ähnlicher gerichtlicher Prozesse aus Sorglosigkeit über die Wichtigkeit der Sache zu sprechen.

Revolutionen des Erdballs

Ein 37-Minuten-Erdbeben

New-York, 26. Mai.

(Eigener Drahtbericht.)

Nach einer Meldung aus New-Orleans folgte der Seismograph der dortigen Universität ein großes Erdbeben fest, das am unteren Ende 37 Minuten dauerte, und zwar von 2.23 bis 3 Uhr. Das Zentrum des Erdbebens liegt 10000 englische Meilen von New-Orleans entfernt.

Neue Aufstandsbewegung in Albanien

Tegrah, 26. Mai.

Nach den von der albanischen Grenze eingetroffenen Meldungen ist in Südalbanien ein neuer Aufstand gegen die Regierung ausgebrochen. Zwischen dem Stamm Zotta und den Regierungstruppen sollen heftige Kämpfe im Gange sein.

Die Eisenbahnstrecke in Polen verkehrshindernd

Berlin, 26. Mai.

Die Eisenbahnstrecke zwischen Danzig, eine ganze Eisenbahnstrecke ist nach Meldung des „Hilfsdienstes“ für den „Gottgen“ bei Bromberg verkehrshindernd. Eine Komplikation, die den Stand der Geleise überhüllt, fand an einer ganzen Strecke, daß das Geleise überhaupt nicht vorhanden, so, das Geleise sogar eingebrochen war. Vom Ministerium wurde das Streckenmaterial nicht verkauft. Man nimmt also an, daß es geschah ist.

Erntetes Erdbeben in Japan

New-York, 26. Mai.

(Eigener Drahtbericht.)

Heute früh fand im Distrikt von Tajima im Südwesten Japans erneut ein heftiges Erdbeben statt, in dessen Zentrum die Städte Tokajima und Kinsajima liegen. Beide Ortschaften sollen völlig zerstört sein. Unter den Bewohnern herrscht großer Schrecken.

Die Aufräumungsarbeiten im Erdbebengebiete

London, 26. Mai.

Nach Meldungen aus Tokio ist die Identifizierung der Erdbebengebiete sehr schwierig, da sich in den betroffenen Orten viele Brande ausgebreitet hatten. Zum Glück herrscht jetzt wenig Wetter, so daß die Beseitigung im Freien leichter sein können. Die sind zum Teil auf Booten, zum Teil auf Zeltlagern untergebracht. Große Matrosenabteilungen sind mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Hilfeangebote aus Amerika sind mit Dank abgelehnt worden, da das Erdbeben nicht groß genug gewesen sei, um internationale Hilfe zu benötigen.

Doch spanische Zugeständnisse an Frankreich?

Paris, 26. Mai.

Wie das „Zeit Journal“ meldet, hätte Matloy in Madrid folgendes erreicht:

1. Das Direktorium von Madrid hat keineswegs die Wölfe, lebendigen Fasen schlachten mit Absicht in abzuwickeln, aber einen Teil der spanischen Truppen, die nach den spanischen Truppen besetzt ist, zu räumen.
2. Das Direktorium ist bereit, sich mit der französischen Regierung über die Interdiktions des Waffenhandels abzuverhandeln an der Spitze des Mittelmeeres ins Westliche zu ziehen.

Explosionskatastrophe in Madras

New-York, 26. Mai.

(Eigener Drahtbericht.)

In Madras fand eine schwere Explosion statt, die viele Häuser zerstörte. Man zählt bisher 300 Tote. (Weitere Einzelheiten folgen noch.)

Spanien wird Frankreichs Interesse in den Westlichen, wenn Frankreich es für notwendig anseht, aus politischen Gründen seine militärischen Operationen über die spanische Grenze des Mittelmeeres hinaus auszuweiten. Auf jeden Fall sollen der Möglichkeit Frankreichs, feindliche Einwirkungen in den Westlichen zu verhindern, die spanische Grenze des Mittelmeeres als einseitig diplomatische Schwierigkeiten zu erwarten hinsichtlich der Grenze, die im Sommer von 1912 zwischen Spanien und Frankreich festgelegt ist.

Nach einer weiteren Meldung soll Spanien Frankreich weitgehend Zugeständnisse bezüglich der Ausbuchtung von Gibraltar in Genuß zu machen geneigt haben.

Spanien wird Frankreichs Interesse in den Westlichen, wenn Frankreich es für notwendig anseht, aus politischen Gründen seine militärischen Operationen über die spanische Grenze des Mittelmeeres hinaus auszuweiten. Auf jeden Fall sollen der Möglichkeit Frankreichs, feindliche Einwirkungen in den Westlichen zu verhindern, die spanische Grenze des Mittelmeeres als einseitig diplomatische Schwierigkeiten zu erwarten hinsichtlich der Grenze, die im Sommer von 1912 zwischen Spanien und Frankreich festgelegt ist.

Nach einer weiteren Meldung soll Spanien Frankreich weitgehend Zugeständnisse bezüglich der Ausbuchtung von Gibraltar in Genuß zu machen geneigt haben.

Der Heeres- und Marine-Etat im Reichstage

Berlin, 26. Mai.

(Eigener Drahtbericht.)
 Am Montag (26.) öffnete die Sitzung um 2.30 Uhr. Der Reichspräsident überreichte dem Reichstage den Entwurf der Reichsmilitär- und Marine-Verordnung über die Einsetzung und die Beförderung der Mitglieder des Reichstages für den Reichstag.

Die zweite Beratung des Reichsmilitär- und Marine-Etats wurde am 27. Mai im Reichstage fortgesetzt. Die Diskussion über die Marine-Etats-Erhöhung wurde von dem Reichspräsidenten geleitet. Er erklärte, dass die Marine-Etats-Erhöhung für die Zukunft notwendig sei, um die Marine zu stärken und die Reichsmilitär- und Marine-Verordnung zu erfüllen.

Die Marine-Etats-Erhöhung wurde von dem Reichspräsidenten geleitet. Er erklärte, dass die Marine-Etats-Erhöhung für die Zukunft notwendig sei, um die Marine zu stärken und die Reichsmilitär- und Marine-Verordnung zu erfüllen.

Keine Erhöhung der Beamtengehälter

Die Gründe der Ablehnung

Der Reichstag ist die Stellungsname der Reichsregierung zur Entlohnung des Reiches vom 4. April 1903. Grundzüge der Besätze der Beamten eine Erhöhung erfahren können. Die Denkschrift kommt nach ausführlichen Darlegungen über die jetzigen Besätze der Beamten und über die Auswirkungen einer Beamten-Erhöhung zu dem Schluss, dass die jetzigen Besätze der Beamten, insbesondere in den unteren Gehaltsgruppen ebenfalls hoch und zum Teil sogar höher sind, als die Besätze der Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft. Die heutigen Gehälter gewährten der Beamten eine Lebenshaltung, die keineswegs unter der der übrigen Bevölkerung liege.

Die neuen deutsch-französischen Inoffiziellerhandlungen

Zeit Montag sind hier die deutsch-französischen Verhandlungen im Gange. Über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen, die auf deutscher Seite von G. S. Dr. H. B. geleitet, auf französischer Seite von dem bekannten, dem Reichstag bekannt gewordenen Unterhändler B. geleitet werden, wird Französisches Blatt "Le Figaro" berichtet. Der Bericht ist einseitig, da er nur aus dem Standpunkt der französischen Seite geschrieben ist.

Agarwissenschaftlicher Empfang beim Reichsberühmtenminister

Deute vormittag 10 Uhr fand beim Reichsberühmtenminister Graf Kanitz ein Empfang statt. Die Gäste waren die Mitglieder der deutsch-französischen Wissenschaftlichen Kommission, die in den letzten Tagen in Paris getroffen worden und sich hier in der französischen und die deutsche Delegation begrüßen werde.

20 Prozent der Friedensmiete für Neubauten

Der Reichstagsausschuss für Wohnungswesen beschäftigt heute die Frage der Ausweisung der Neubauten zur Steuererleichterung auf das Einblauen und die Abnahme von Wohnungsbauausgaben oder der Abnahme der Steuern auf den Betrag von 20 Prozent der Miete für Neubauten und die Abnahme der Steuern auf den Betrag von 20 Prozent der Miete für Neubauten.

Die Besteuerung der Spekulationsgewinne

Im Steuerentscheid des Reichstages wurde heute das Einkommensteuergesetz weiter beraten. Eine längere Aussprache erregte die Frage der Besteuerung der Spekulationsgewinne. Die Frage ist, ob die Spekulationsgewinne zu versteuern sind und wenn ja, unter welcher Voraussetzung.

Die Frage ist, ob die Spekulationsgewinne zu versteuern sind und wenn ja, unter welcher Voraussetzung.

Sozialistenverhaftungen in Wien

Wien, 26. Mai.
 Heute vormittag wurden im Zusammenhang mit den sozialen Unruhen in Wien Sozialisten verhaftet. Die Verhaftungen erfolgten in mehreren Bezirken der Stadt. Die Verhafteten wurden in verschiedene Anstalten gebracht. Die Verhaftungen wurden als notwendig erachtet, um die öffentliche Ruhe wiederherzustellen.

Der Hüttenkönig

Roman von Hans Richter.
 Madrudersdorf bei August Seidel, G. m. b. H., Berlin.
 In der Straße lärmten die Jungen, eine wilde Horde. Schillern als die im Hofgängen, sagte der Herr.

Die Frage ist, ob die Spekulationsgewinne zu versteuern sind und wenn ja, unter welcher Voraussetzung.

Kein Streik der Berliner Straßenhahn

Berlin, 26. Mai.
 Bei der Berliner Straßenbahn-Gesellschaft werden zurzeit ebenfalls Lohnverhandlungen geführt, die bisher aber noch nicht abgeschlossen sind.

Die Frage ist, ob die Spekulationsgewinne zu versteuern sind und wenn ja, unter welcher Voraussetzung.

Die Frage ist, ob die Spekulationsgewinne zu versteuern sind und wenn ja, unter welcher Voraussetzung.

Die Frage ist, ob die Spekulationsgewinne zu versteuern sind und wenn ja, unter welcher Voraussetzung.

Die Frage ist, ob die Spekulationsgewinne zu versteuern sind und wenn ja, unter welcher Voraussetzung.

Die Frage ist, ob die Spekulationsgewinne zu versteuern sind und wenn ja, unter welcher Voraussetzung.

Die Frage ist, ob die Spekulationsgewinne zu versteuern sind und wenn ja, unter welcher Voraussetzung.



